

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Trittin, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/14823 –**

Keine weitere Eskalation in Hongkong – Das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ wahren

A. Problem

Die Situation in Honkong ist nach Einschätzung der antragstellenden Fraktion sehr zugespitzt, seitdem Hunderttausende demonstrierten und die Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam zwar zwei Gesetzesänderungsentwürfe, die die Auslieferung von polizeilich gesuchten Verdächtigen u. a. an Festlandchina erleichtern sollten, zurückgezogen, dies allerdings noch nicht umgesetzt habe. Die Furcht vor einer zunehmenden Einflussnahme Pekings in der Sonderverwaltungszone sei Hintergrund der anhaltenden Proteste. Bei der Eskalation des Konfliktes habe ohne Zweifel die harte Vorgehensweise der Polizei auch gegenüber friedlichen Demonstrierenden beigetragen, neben einer daraus resultierenden gestiegenen Gewaltanwendung einer Minderheit der Demonstrierenden. Der Deutsche Bundestag verurteile jegliche Form von Gewalt und warne aufs Schärfste vor einem militärischen Eingreifen.

Die Bundesregierung wird nach dem Willen der antragstellenden Fraktion durch den Deutschen Bundestag aufgefordert, 1. deutlich zu machen, dass das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ für Deutschland nicht verhandelbar sei, 2. die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong aufzufordern, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz, den Schutz der Menschenrechte und die im Basic Law garantierten bürgerlichen Freiheitsrechte vollumfänglich zu gewährleisten und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte einzuhalten; 3. auf alle Beteiligten einzuwirken, die Konflikte gewaltfrei und auf der Basis des Rechts zu lösen; 4. darauf hinzuwirken, dass die Regierung Hongkongs die angekündigte formelle Rücknahme des Gesetzes für flüchtige Straftäter und Rechts Hilfe in Strafsachen (Abänderung) aus dem Jahr 2019 umgehend umzusetzen; 5. sich für das Recht auf friedliche Versammlung einzusetzen; 6. sich bei der Regierung Hongkongs für eine unabhängige und zeitnahe Aufarbeitung der Polizeigewalt einzusetzen und die Ergebnisse der Aufarbeitung öffentlich und Entschei-

dungsträger verantwortlich zu machen; 7. auf die Einhaltung der VN-Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt hinzuwirken; 8. sich für einen Dialog zwischen Regierung und Demonstrierenden einzusetzen; 9. sich für eine systematische Reform in Einklang mit dem für Hongkong geltenden Basic Law einzusetzen; 10. sich mit den friedlich Demonstrierenden in ihrem Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte solidarisch zu erklären; 11. den Export von solchen Technologien zu stoppen, die bei der Verletzung von Grundrechten zum Einsatz kämen; 12. gegenüber der Regierung der Volksrepublik China zu kommunizieren, dass eine weitere Eskalation der Gewalt Auswirkungen haben werde auf die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und zur EU; 13. Versuche der Einflussnahme staatlicher chinesischer Stellen auf Demonstrationsfreiheit, Unversehrtheit der Demonstrierenden und freie Meinungsäußerung in Deutschland deutlich zu verurteilen, zu sanktionieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um entsprechende Einflussnahmen zu unterbinden und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland zu schützen und zu garantieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14823 abzulehnen.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Manfred Grund
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Dr. Roland Hartwig
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Jürgen Trittin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Manfred Grund, Dr. Nils Schmid, Dr. Roland Hartwig, Bijan Djir-Sarai, Stefan Liebich und Jürgen Trittin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/14823** in seiner 124. Sitzung am 7. November 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Situation in Honkong ist nach Einschätzung der antragstellenden Fraktion sehr zugespitzt, seitdem Hunderttausende demonstrierten und die Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam zwar zwei Gesetzesänderungsentwürfe, die die Auslieferung von polizeilich gesuchten Verdächtigen u. a. an Festlandchina erleichtern sollten, zurückgezogen, dies allerdings noch nicht umgesetzt habe. Die Furcht vor einer zunehmenden Einflussnahme Pekings in der Sonderverwaltungszone sei Hintergrund der anhaltenden Proteste. Bei der Eskalation des Konfliktes habe ohne Zweifel die harte Vorgehensweise der Polizei auch gegenüber friedlichen Demonstrierenden beigetragen, neben einer daraus resultierenden gestiegenen Gewaltanwendung einer Minderheit der Demonstrierenden. Der Deutsche Bundestag verurteile jegliche Form von Gewalt und warne aufs Schärfste vor einem militärischen Eingreifen.

Die Bundesregierung wird nach dem Willen der antragstellenden Fraktion durch den Deutschen Bundestag aufgefordert, 1. deutlich zu machen, dass das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ für Deutschland nicht verhandelbar sei, 2. die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong aufzufordern, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz, den Schutz der Menschenrechte und die im Basic Law garantierten bürgerlichen Freiheitsrechte vollumfänglich zu gewährleisten und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte einzuhalten; 3. auf alle Beteiligten einzuwirken, die Konflikte gewaltfrei und auf der Basis des Rechts zu lösen; 4. darauf hinzuwirken, dass die Regierung Hongkongs die angekündigte formelle Rücknahme des Gesetzes für flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen (Abänderung) aus dem Jahr 2019 umgehende umzusetzen; 5. sich für das Recht auf friedliche Versammlung einzusetzen; 6. sich bei der Regierung Hongkongs für eine unabhängige und zeitnahe Aufarbeitung der Polizeigewalt einzusetzen und die Ergebnisse der Aufarbeitung öffentlich und Entscheidungsträger verantwortlich zu machen; 7. auf die Einhaltung der VN-Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt hinzuwirken; 8. sich für einen Dialog zwischen Regierung und Demonstrierenden einzusetzen; 9. sich für eine systematische Reform in Einklang mit dem für Hongkong geltenden Basic Law einzusetzen; 10. sich mit den friedlich Demonstrierenden in ihrem Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte solidarisch zu erklären; 11. den Export von solchen Technologien zu stoppen, die bei der Verletzung von Grundrechten zum Einsatz kämen; 12. gegenüber der Regierung der Volksrepublik China zu kommunizieren, dass eine weitere Eskalation der Gewalt Auswirkungen haben werde auf die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und zur EU; 13. Versuche der Einflussnahme staatlicher chinesischer Stellen auf Demonstrationsfreiheit, Unversehrtheit der Demonstrierenden und freie Meinungsäußerung in Deutschland deutlich zu verurteilen, zu sanktionieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um entsprechende Einflussnahmen zu unterbinden und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland zu schützen und zu garantieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14823 in seiner 65. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Den **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14823 in seiner 54. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14823 in seiner 44. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14823 in seiner 48. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtigen Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14823 in seiner 44. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Manfred Grund
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Dr. Roland Hartwig
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Jürgen Trittin
Berichterstatter

